

Kretschmann gibt Standortgarantie für alle Pädagogischen Hochschulen

"Wir haben Handlungsbedarf" - Lange Kabinettsdebatte über Schulqualität

11.01.2017, 06:00 Uhr

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Über drei Stunden und damit außergewöhnlich lange sind die Regierungsmitglieder am Montagabend in der Villa Reitzenstein zu einer Sondersitzung des Kabinetts zusammengekommen. Es ging in der Debatte mit drei externen Bildungsexperten um das nach den Sicherheitsfragen wichtigste Thema im Land, den Folgerungen aus den verheerenden Ergebnissen der IQB-Schulstudie. Die Debatte, berichtet Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) anderntags, sei "sehr lebendig" gewesen.

Die Erwartungen an konkrete Ergebnisse versucht er indes zu dämpfen mit dem Hinweis, dass es sich bei der abendlichen Runde um "kein Entscheider-Gremium" gehandelt habe. In einem Punkt aber legt sich der Regierungschef am Dienstag fest: Die Schließung der Pädagogischen Hochschulen in Karlsruhe, Schwäbisch Gmünd und Weingarten stehe "überhaupt nicht zur Debatte". Es gehe vielmehr um eine Verbesserung der Qualität, auch bei der Lehrerausbildung. Damit dürfte Kretschmann erst einmal für Ruhe an den genannten Standorten sorgen, nachdem bekannt geworden war, dass Experten bei einer Anhörung in der CDU-Landtagsfraktion empfohlen hatten, einzelne Pädagogische Hochschulen im Land "auf den Prüfstand" zu stellen.

Kretschmanns Standortgarantie kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Absturz Baden-Württembergs in der bundesweiten Vergleichsstudie Konsequenzen nach sich ziehen wird. Bis Sommer will die Landesregierung erste Maßnahmen formulieren, damit diese im Doppelhaushalt 2017/18 verankert werden können.

Vorher wollen auch die Fraktionen von Grünen und CDU gemeinsam Experten anhören. Das fachlich zuständige Kultusministerium veranstaltet am 18. Februar einen bildungspolitischen Kongress, bei dem eine der Leiterinnen der IQB-Studie die Ergebnisse des Schulleistungsvergleichs im Detail vorstellen wird. Bei dem Kongress sollen sich auch Verbände aus dem Schulsektor mit Vorschlägen und Einschätzungen einbringen. Für März ist zudem ein Gipfel zu den Ganztageschulen anvisiert, bei einem weiteren Kongress soll die Umsetzung der Inklusion analysiert werden. Parallel dazu nimmt der Landesrechnungshof den Schulsektor und insbesondere den Einsatz der Lehrerstellen im Land unter die Lupe; erste Ergebnisse der mit Spannung erwarteten Prüfung werden für Mai erwartet.

Die Ursachen für die Misere gelten als vielfältig, die Lösungsansätze ebenfalls. "Klar ist: Wir haben Handlungsbedarf. Denn wir haben ein Qualitätsproblem an unseren Schulen", konstatiert ein Teilnehmer der Kabinetts-Sondersitzung vom Montag. Die Ursachenanalyse der von der Regierung zu Rate gezogenen Experten fällt offenbar schonungslos aus. Die Fachleute bemängeln laut dem Ergebnisprotokoll eines von der CDU-Fraktion vorab geführte Experten-Dialogs das Fehlen von Hinweisen für die Arbeit der Lehrkräfte im 2004 von Schwarz-Gelb umgesetzten Bildungsplan, vermissen aber auch "Tiefenstruktur" beim Konzept der von Grün-Rot eingeführten Gemeinschaftsschule. Die Lehrerausbildung bekommt dabei genauso ihr Fett ab wie die Schulverwaltung, die nicht aus einem Guss handle. Insgesamt, so der auch am Montagabend wiederholte Expertenbefund, sei der relative Abstieg Baden-Württembergs ein ab dem Jahr 2000 einsetzender, schleichender Prozess.

Die Handlungsempfehlungen wiederum reichen vom Wunsch nach verbindlichen Vorgaben im Schulsystem über eine deutliche Senkung des fachfremden Unterrichts bis hin zur Verbesserung der Lehrerausbildung. Die Umsetzung der jetzt schon zahlreichen Vorschläge wird indes dadurch erschwert, dass die durch zahlreiche Reformen ausgelöste "Unruhe" im Bildungswesen als Teil des Gesamtproblems gilt.